

Vorwort

Willkommen zur Mitgliederinformation im August!

Die Sommerpause ist beendet!

Die Parlamente nehmen im September wieder ihre Arbeit auf und die Medien beschränken sich wieder auf das Wesentliche der Politik: die Politik selbst.

Ebenfalls gab es schon eine wichtige Entscheidung im noch jungen politischen Herbst: das Urteil des Landesverfassungsgerichts. Hier gibt es erste Informationen zu den Folgen und das, was auf uns zu kommt.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Mit solidarischem Gruß

Daniel Hofmann

(Kreisvorsitzender)

Aktuell

**Landesverfassungsgericht beendet Schwarz-Gelbe
„Phantom-Regierung“**

von Daniel Hofmann

Das Urteil der Landesverfassungsgerichtetes ist sehr zu begrüßen.

Eine Änderung des Wahlgesetzes, sowie Neuwahlen bis spätestens 30.09.2012 sind die wichtigsten Punkte. So mit ist die ungerechte Sitzverteilung zumindest langfristig für beendet erklärt und die unrechtmäßige Regierung von Schwarz-Gelb neigt sich mit einer "Schonfrist" dem Ende entgegen.

Die Veränderungen des Wahlgesetzes, sowie die damit verbundene Reduzierung der Wahlkreise wird wahrscheinlich im Mai 2011 abgeschlossen sein. Danach kann theoretisch sofort zur Wahlurne gebeten werden.

Sicherlich liegt der Regierung viel daran, den Wahltermin noch hinauszuzögern und möglichst gegen Ende der Frist zu wählen, um den momentan schlechten Stand von

CDU und FDP zu verbessern.

Auch für uns als Kreisverband heißt das, dass wir schon bald wieder im Wahlkampf stecken werden und erneut um jede Stimme kämpfen müssen, damit wir das gute Ergebnis aus 2009 wiederholen und im Land auch weiter ein Wort in der Landespolitik mitreden.

Typisch ungenau

Zur Entscheidung des schleswig-holsteinischen Landesverfassungsgerichtes das dortige Wahlgesetz in Teilen als nicht mit der Landesverfassung vereinbar zu erklären und Neuwahlen anzuordnen, erklärt Michael Schlick, stellvertretender Pressesprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

„Das Landesverfassungsgericht in Schleswig-Holstein hat entschieden. Das Wahlgesetz ist in Teilen nicht mit der Landesverfassung vereinbar und muss neu gestaltet werden. Es muss bis spätestens 2012 vorgezogene Landtagswahlen geben.

In den meisten Zeitungen wird der Eindruck erweckt, dies sei ein Erfolg der Opposition. Das ist falsch. Zwar haben Grüne, SSW und LINKE erreicht, dass das Landeswahlgesetz in Teilen als mit der Landesverfassung nicht vereinbar erklärt wurde. Jedoch hat das Landesverfassungsgericht allein in dem von der LINKEN eingeleiteten Wahlprüfungsverfahren vorgezogene Landtagswahlen angeordnet. Nicht hingegen in dem von den Grünen und SSW angestrebten Normenkontrollverfahren. Das ist also ein alleiniger Erfolg der Linksfraktion.

Die SPD hatte im Übrigen höchstdiszipliniert gar nicht geklagt und somit auch keinen Erfolg.

Wäre es umgekehrt zugunsten der SPD und der Grünen gelaufen, wäre wohl in den Medien genauer berichtet worden.“

Gerecht geht anders – Wir zahlen nicht für eure Krise!

vom Kreisverband Kiel

Bund, Länder und Gemeinden entwickeln drastische Kürzungs- und Streichprogramme zum Schuldenabbau. In ihren Auswirkungen sind diese Programme unsozial und verstärken die Umverteilung von unten nach oben.

Die hohe Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte ist wesentlich die Folge einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch abenteuerliche Finanzspekulationen ausgelöst wurde. Nachdem so genannte systemrelevante Banken mit mehreren hundert Milliarden Euro vom Staat gerettet wurden und die öffentlichen Haushalte durch die Folgen dieser Krise mehr und mehr in die Schieflage gerieten, sollen nun breite Teile der Bevölkerung über Einsparungen und Kostenerhöhungen die Zeche für diese Krise zahlen.

Geplant sind:

- der Umbau des Gesundheitswesens mit Leistungsreduzierungen und wachsender Selbstbeteiligung der Versicherten.
- der Verkauf öffentlicher Einrichtungen an private Investoren. (wie z.B. für das Universitätsklinikum SH geplant)
- Kürzungen und Abbau im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Die Landesregierung von Schleswig Holstein strebt in dem Doppelhaushalt 2011/12 Kürzungen in Höhe von 250 Mio. Euro an. Das bedeutet einen starken Personalabbau bei Landesbediensteten. Weiterhin betreffen die geplanten Streichungen und Kürzungen Familienbildungsstätten, das beitragsfreie Kita-Jahr, Selbsthilfegruppen, Begegnungsstätten und Beratungsstellen für Suchtkranke und psychisch Kranke, das Blindengeld, die Migrationssozialarbeit und Vieles mehr. Die geplanten Kürzungen und Streichungen bei Frauenhäusern, Frauenberatungen, dem Notruf und Mädchenprojekten gefährden Hilfen für Gewaltopfer und die Geschlechtergerechtigkeit.

Auch auf der kommunalen Ebene kommt es zu scharfen Einschnitten. Theater und andere Kultureinrichtungen, Büchereien und Schwimmbäder sind von Sparmaßnahmen bedroht.

Das Bündnis Gerech geht anders- Wir zahlen nicht für eure Krise! wendet sich gegen diese unsozialen Sparmaßnahmen und ruft im Herbst zum breiten Protest mit vielfältigen Aktionen und zu einer Großdemonstration am 18. November auf.

Die Haushalte müssen auf der Einnahmenseite durch eine faire Steuer- und Abgabepolitik saniert werden, die den Umverteilungsprozess von unten nach oben beendet. Durch Einnahmeerhöhungen in den öffentlichen Haushalten muss eine Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik ermöglicht werden, die sich am Gemeinwohl orientiert. Dazu können sowohl die Erhöhung der Spitzensteuersätze, eine Börsenumsatz- und Kapitaltransaktionssteuer sowie eine Vermögensabgabe beitragen. Zu der so genannten Sparpolitik gibt es eine Menge von Alternativen!

Geplant ist derzeit eine Auftakt-Kundgebung am 08.09. in Kiel und eine Groß-Demonstration im November vor dem Landeshaus.

Neben der Kieler LINKEN sind weitere Vereine, Initiativen und Verbände in diesem Bündnis organisiert :

- attac
- Arbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser SH
- ASF SPD-Frauen SH
- Bürger Schulterschluss Kiel
- Der Paritätische SH
- DGB/Nord
- Die Violetten
- DKP (Ortsverband OH und Landesverband SH)
- IG Metall Kiel/Neumünster
- Linke (Landesverband)

- Linksjugend - solid
- Unternehmensbetriebsrat der AWO SH
- Verdi Kiel/Plön

Und täglich grüßt die Landesregierung: Kostenersparnis zu Lasten der Schwächsten

von Michael Schilke

Ich heiße Michael Schilke und bin System Administrator bei der Stiftung Mensch (früher Perspektive Meldorf) in Meldorf. In unseren Werkstätten und Wohneinrichtungen arbeiten und wohnen über 1000 Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen. Vom Querschnittsgelähmten über Contergarngeschädigte bis zum Autisten werden Menschen betreut, gefördert und gepflegt. Dabei sind alle Altersgruppen vertreten, vom Säugling bis zum 90 jährigen Rentner ist alles vertreten.

Durch eine Förderung, sowohl der persönlichen wie auch der beruflichen Aspekte, werden die Menschen in unserer Stiftung (aber auch in anderen Werkstätten z.B. die Heider Werkstätten, das Theodor Schäfer Werk in Husum oder die Kropper Werkstätten) auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Alle Neuanfänger durchlaufen dabei ein Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich. Hier entscheidet sich, welche weiteren fördernden Maßnahmen im Anschluss erfolgen können und für welche Tätigkeit in Frage kommen auch, welche weitergehenden Bildungsmaßnahmen erfolgen oder Partnerschaften mit anderen Bildungsträgern helfen dabei, eine Vermittlung auf den freien Arbeitsmarkt möglich zu machen.

Am Ende des Eingangsverfahrens wird ein individueller Förder- und Maßnahmenplan erstellt, der laufend überprüft und angepasst wird, um den bestmöglichen persönlichen und beruflichen Fortschritt zu unterstützen.

Bis zur Dauer von 2 Jahren kann im Anschluss an das Eingangsverfahren eine Förderung im Berufsbildungsbereich erfolgen. Hier wird die Leistungs- und Erwerbsfähigkeit so weit wie möglich entwickelt, verbessert oder wieder hergestellt. Im Berufsbildungsbereich erfahren die Menschen das Training von beruflichen Basisfähigkeiten, wie Konzentration, Ausdauer, Geschicklichkeit sowie die Fähigkeit zur Arbeitsplanung und zur realistischen Selbsteinschätzung

- das Erlernen und Einüben handwerklicher und arbeitstechnischer Fähigkeiten
- die Vermittlung von arbeitsplatzbezogenen Kenntnissen, z.B.: Verhaltens- und Sicherheitsregeln, Arbeitsabläufe oder Mitwirkungsrechte
- die Förderung sozialkommunikativer Fähigkeiten, wie Konflikt- und Kooperationsfähigkeit, Umgang mit Misserfolgen, Kritik und Stress
- die Förderung lebenspraktischer Kompetenzen
- Hilfe und Unterstützung durch ArbeitspädagogInnen
- die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit

Schlussendlich steht immer das Ziel diese Menschen den freien Arbeitsmarkt zugänglich zu machen. Sie auf den freien Arbeitsmarkt zu vermitteln und ihnen eine Perspektive für Ihr Leben in der Gesellschaft zu bieten. Bisher war es so, daß bei einem möglichen Scheitern auf dem freien Arbeitsmarkt, die Menschen wieder zu uns in die Werkstätten zurück kommen konnten. Einige konnten erst nach mehreren Versuchen und nach vielen Jahren des Übens auf dem freien Markt alleine klar kommen. Die Landesregierung hat hier nun einen Riegel vorgeschoben und verwehrt den Menschen eine Rückkehr in die Werkstätten. Das Ziel ist klar, man möchte auf diesen Weg Kosten sparen. Ein Werkstättenplatz kostet ein vielfaches im Verhältnis zum Harz 4 Regelsatz. Diese auf dem freien Markt „gescheiterten“ Menschen müssen nun Harz 4 beantragen und haben keine Berechtigung auf betreutes Wohnen und lernen mehr, sobald sie die Werkstätten verlassen. Wir sollten uns an Protesten der Werkstätten beteiligen um der Landesregierung zu signalisieren, daß wir mit dieser asozialen Politik nicht einverstanden sind.

Es wurde bereits im Winter 2009 versucht auf anderer Ebene den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und anderen sozialen Trägern die finanzielle Grundlage zu entziehen. Man kündigte einseitig die Landesrahmenverträge. Der Landesrahmenvertrag sichert die Existenz und regelt die grundsätzliche finanzielle Basis der Arbeit der Werkstätten. Dieser Vertrag ist kurz vor Weihnachten gekündigt worden. Bis Ende 2010 wäre dieser vertrag nach gültig gewesen. Wenn bis dahin kein neuer Vertrag erfolgreich verhandelt wird, wissen die Werkstätten nicht, was kommt. Nach massiven Protesten und nach Demonstrationen der Werkstätten in Plön und Kiel (leider war bei diesen Veranstaltungen keine Fahne und kein offizieller Vertreter der Linken zu sehen oder zu hören) wurde der Rahmenvertrag bis Ende 2011 zu gleichen Konditionen verlängert. Dies bedeutet aber im Endeffekt eine Kürzung. Schon jetzt bekommen die Mitarbeiter bzw. die Betreut Beschäftigten der Werkstätten bis zu 10 % weniger Lohn (ein Betreut Beschäftigter der Stiftung Mensch verdient im Durchschnitt ca. 350 Euro!!! Da kann man sich ausmalen was eine Kürzung für diese Menschen bedeutet!), weil in der Wirtschaftskrise natürlich auch die Auftragslage der Werkstätten massiv gelitten hatte. Ich bitte die Mitglieder der Linken, bei den nächsten Protesten gegen weitere Kürzungen oder schlimmstenfalls Kündigungen von Verträgen (und es wird so kommen), die Werkstätten tatkräftig zu unterstützen. Vielen Dank vor ab.

Kommentar / Leserbrief

Betr. Artikel: „Welch eine gute Krankenversorgung im WKK!“

Von Thomas Löper

Natürlich leiden auch die Krankenhäuser in sehr vielen Bereichen immer mehr an unserem maroden Gesundheitssystem.

Was aber den geschilderten Fall angeht, möchte ich hierzu einige Anmerkungen machen, um das Vorgehen der behandelnden Ärzte / Pfleger zu erklären. Thoraxprellungen sind in der Regel immer über einen langen Zeitraum hinweg äußerst schmerzhaft.

Für die Einholung einer, zweiten, ärztlichen Meinung ist ein öffentliches Krankenhaus keine geeignete Anlaufstelle.

Eine Klinik (oder auch ein Klinikum) stellt die Grund- und Regelversorgung der Bevölkerung sicher d.h. hier findet die Akutversorgung (Wundversorgung, Diagnostik, besteht Lebensgefahr?, muß operiert werden?) statt.

Eine Lebensgefahr oder OP konnte in diesem Fall, nach einer körperlichen Untersuchung, ausgeschlossen werden und der Patient wurde daher entlassen. Für den weiteren Krankheitsverlauf ist dann entweder der Haus- oder Facharzt zuständig.

Der untersuchende Stations-/Ambulanzarzt gibt in seinem Abschlußbericht für den weiterbehandelnden Arzt, welchen der Patient mitbekommt, nur Vorschläge oder Empfehlungen, (z.B. Medikamente zur Schmerzlinderung) verordnet diese aber nicht. Die Verordnung von Medikamenten oder weiterer Hilfsmittel liegt allein im Ermessen des weiterbehandelnden Arztes, da dieser in der Regel viel intensiver mit den Lebensumständen der einzelnen Patienten vertraut ist.

Ärztliche Gutachten oder Meinungen, zu einem Krankheitsbild, sollte man daher ausschließlich bei niedergelassenen Fachärzten einholen.

Dieser Ablauf ist in allen, der Grund- und Regelversorgung, angehörigen Kliniken gängige Praxis und das WKK stellt hier in Dithmarschen keine Ausnahme dar. Ein anderes Vorgehen würde dann auch eine Konkurrenz zu den niedergelassenen Praxen bedeuten und deren Existenz noch weiter bedrohen.

Deshalb darf man in diesem Fall nicht von einer Klassen-Medizin sprechen.

4.Landesparteitag

Landesvorstandswahlen am 26.09.2010

Am Sonntag, 26.09.2010 reisen unsere Delegierten zum Landesparteitag nach Neumünster.

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Wahl eines neuen Landesvorstandes, welche wohl deutliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes nach sich ziehen werden.

Landessprecher Björn Radke wird sich wieder zur Wahl stellen. Die Landessprecherin Cornelia Möhring wird nicht wieder für das Amt kandidieren.

Auch Landesschatzmeister Hans-Werner Machemehl wird nicht wieder zur Verfügung stehen. Um den Posten des Landesschatzmeisters bewerben sich bisher Meike Lüdemann (bisher Mitglied im Landesvorstand) und Ragnar Lüttke (Kreisschatzmeister Lübeck). Ebenfalls gibt es viele weitere Kandidaturen, um die Mitarbeit im Landesvorstand.

Aus dem Vorstand

Kreisvorstandssitzung am 15.09.2010 in Marne, Gaststätte „Marner Eck“, Süderstraße 20

Beginn: 19.15 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Abstimmung über die Tagesordnung
3. Verlesen und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Mitteilungen
5. Vorstellung des Netzwerkes “Politische Bildung” durch Lorenz Gösta Beutin
6. Auswirkungen des Urteils vom Landesverfassungsgericht
7. Vorbereitung des Landesparteitages am 26.09
8. Solidaritätsfonds der Kreisverbände
9. Bericht vom Landesrat
10. Bericht der Kreistagsfraktion
11. Fortführung der Programmdebatte (1.Entwurf für ein Parteiprogramm)
⇒ Abschnitt III: Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert
12. Anträge
13. Verschiedenes
14. Personalangelegenheiten (nichtöffentlich)

Termine

- 06.09.2010 **Fraktionssitzung** in Heide, Kreishaus, Beginn 19:00
- 08.09.2010 **Auftaktkundgebung des Bündnisses „Gerecht geht anders - Wir zahlen nicht für eure Krise!“** in Kiel, Bahnhofsvorplatz, Beginn 13:00
- 10.09.2010 **Treffen des OV Heide** im Brockenhaus, Lerchenstraße 3, Beginn 19:00
- 11.09.2010 Info-Stand des OV Heide, Böttcherrondell, Beginn 9:30
- 15.09.2010 **Kreisvorstandssitzung** in Marne, Gaststätte Marner Eck, Beginn 19:15
- 26.09.2010 **Landesparteitag** in Neumünster, Kiek In, Beginn 10:00
- 29.09.2010 **Stammtisch des OV Marne** Gaststätte Marner Eck, Beginn 19:00
- 20.10.2010 **Veranstaltung mit Raju Sharma** in Heide, Bürgerhaus
Beginn 19:00

Impressum

Verantwortlich für die Gestaltung und den Inhalt:

Daniel Hofmann
Ellingstedter Weg 5a
25767 Albersdorf
☎ 04835 7419
✉ d.hofmann@online.de